

## Pressemitteilung

11. März 2021

### Statement von

**Marcus Nachbauer**, Vorsitzender Bundesvereinigung Bauwirtschaft,  
anlässlich der **Pressekonferenz am 11. März 2021**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sendesperrfrist: 11.30 Uhr

---

### Anrede

es ist immer angenehm, wenn man gute Nachrichten vermitteln kann. Und wir können das: Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020 infolge der Lockdowns real um ca. 5 % gegenüber 2019 sank, konnte einzig die Bauwirtschaft mit plus 2,8 % einen positiven realen Beitrag zur Bruttowertschöpfung leisten.

Auch die in der Bundesvereinigung der Bauwirtschaft vereinigten Verbände ziehen insgesamt eine positive Bilanz zum Jahr 2020, wenngleich das Wachstum mit 2,5 % etwas schwächer ausfällt als vor Jahresfrist mit 4 % prognostiziert. Immerhin liegt der Umsatz 2020 bei 363,5 Mrd. Euro!

Beim Blick auf die einzelnen Sparten, die wir unter unserem Dach vereinen, nämlich Bauhauptgewerbe, Ausbau und Gebäudetechnik, fällt auf, wie unterschiedlich die Entwicklung in den einzelnen Bereichen verlaufen ist.

Insgesamt sind die dem Bauhauptgewerbe angehörigen Verbände mit einem Wachstum von fast 5 % deutlich besser durch die Corona-Zeit gekommen als das Ausbaugewerbe, das ein Minus von 0,5 % verzeichnet. Für das Bauhauptgewerbe hat die nach wie vor hohe Neubauaktivität im Wohnungsbau durchgeschlagen. Der Bereich Gebäudetechnik wird das Jahr 2020 mit einem Plus von 2,5 % abschließen.

Für alle Sparten gilt im Jahr 2020: Wir sind sehr dynamisch – von Corona unbeeinflusst – ins Jahr gestartet, im zweiten und dritten Quartal gab es jedoch sichtbare Brems Spuren:

Nach dem Lockdown im Frühjahr 2020 zeichneten sich in vielen Bereichen der Industrie und der Dienstleistungen deutliche Umsatzeinbrüche in den betroffenen Branchen mit entsprechenden Folgen für deren Investitionsbereitschaft ab.

Das hat sich vor allem im Wirtschaftsbau niedergeschlagen.



Bundesinnungsverband des  
Gebäudereiniger-Handwerks



Bundesverband  
Garten- Landschafts- und  
Sportplatzbau e.V.



Bundesverband Farbe  
Gestaltung Bautenschutz



Bundesverband Metall –  
Vereinigung Deutscher  
Metallhandwerke



Bundesverband Gerüstbau



Bundesverband Rollläden  
+ Sonnenschutz



Deutscher  
Holzfertigbauverband



Tischler Schreiner  
Deutschland



Zentralverband des  
Deutschen Baugewerbes



Zentralverband des  
Deutschen Dachdecker-  
handwerks



Zentralverband Raum und  
Ausstattung



Zentralverband der  
Deutschen Elektro- und  
Informationstechnischen  
Handwerke



Zentralverband  
SANITÄR  
HEIZUNG KLIMA



Zentralverband  
Werbetechnik



Bundesverband des  
Schornsteinfeger-  
handwerks

Aber auch die Einnahmen der öffentlichen Haushalte brachen ein. Ohne das Konjunkturpaket der Bundesregierung wären die geplanten Investitionslinien der Kommunen kaum zu halten gewesen.

Im vierten Quartal 2020 haben wir insgesamt wieder etwas Aufwind verspürt. Wegen der zum Jahresende auslaufenden Absenkung des Mehrwertsteuersatzes gab es Vorzieheffekte, insbesondere bei Baumaßnahmen im privaten Bereich und beim Wohnungsbau.

Das verhaltene Umsatzwachstum 2020 spiegelt sich auch bei der Beschäftigtenentwicklung wider. Insgesamt haben wir den Beschäftigtenstand bei 3,4 Mio. halten können, mit leichten Zugewinnen im Bauhauptgewerbe (+1,2 %) und bei der Gebäudetechnik (+0,2 %) sowie mit einem leichten Verlust im Ausbaubereich (-0,6 %).

Für das Jahr 2021 rechnen wir für die BVB nur mit einem schwachen Umsatzwachstum um 1,3 % auf immerhin 368,2 Mrd. Euro.

Die Zahl der Beschäftigten werden wir auf dem Vorjahresniveau bei 3,4 Mio. weiter stabil halten können. Auch im Corona-Jahr 2020 war der Fachkräftemangel spürbar. Er bleibt ein Engpass für eine dynamischere Umsatzentwicklung in den Folgejahren.

Kommen wir zur Entwicklung in den einzelnen Sparten:

Wie bereits erwähnt, hat vor allem der Wohnungsneubau die Entwicklung der Sparte **Bauhauptgewerbe** (hier inklusive des Garten- und Landschaftsbaus) geprägt. Insgesamt haben die Betriebe des Bauhauptgewerbes im vergangenen Jahr 128,4 Mrd. Euro erwirtschaftet, was einem Plus von 4,9 % entspricht.

Für das laufende Jahr erwarten wir einen Umsatz von fast 130 Mrd. Euro, was dann nur noch einem leichten Plus von 0,7 % entspricht. Auch die Zahl der Beschäftigten dürfte nur marginal auf 880.000 Menschen steigen (= +0,4 %). Die Wachstumsdynamik lässt erkennbar nach.

Zum einen wirken sich die Vorzieheffekte im Wohnungsbau aus dem vergangenen Jahr negativ aus, zum anderen bleiben die Impulse im Wirtschaftsbau infolge der Lockdowns weiter schwach. Die Investitionsneigung in den betroffenen Wirtschaftsbereichen wird sich, auch angesichts des weiter verlängerten Lockdowns nur langsam erholen. Im Wohnungsbau rechnen wir für 2020 und 2021 jeweils mit ca. 300.000 fertiggestellten Wohneinheiten, was nahezu einer Verdopplung des Niveaus aus dem Jahr 2010 entspricht.

Der **Ausbau** konnte in der Umsatzentwicklung 2020 nicht an die Vorjahresdynamik anknüpfen. Zum einen blieb der Baustellenbetrieb coronabedingt einige Monate eingeschränkt, zum anderen schlug die verminderte Nachfrage bei Industrie und Dienstleistungen hier per Saldo stärker durch. Die Ausbausparte erreichte in 2020 einen Umsatz von ca. 94,5 Mrd. Euro, was ein Minus von 0,5 % bedeutet. Die Aussichten für 2021 bleiben verhalten. Es wird mit einem leichten Umsatzplus von 1 % auf dann 95,5 Mrd. Euro gerechnet. Die Zahl der Beschäftigten stagniert bei 877.000.

In unserer Sparte **Gebäudetechnik** fallen die Einschätzungen zur Konjunktur-entwicklung sehr unterschiedlich aus. Dienstleistungs- und industriennahe Gewerke wie die Gebäudereiniger und das Schilder- und Reklamehandwerk haben in 2020 infolge coronabedingter Einschränkungen deutliche Umsatzeinbrüche verspürt, die sich auch verstärkt bei der Beschäftigtenentwicklung ausgewirkt haben. Demgegenüber berichten die Verbände ausbaunaher Gewerke, deren Schwerpunkt der Privatkunde und der Wohnungsbau sind, wie der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) und das Elektrohandwerk (ZVEH), von einer positiven Geschäftsentwicklung. Der Umsatz im Bereich Gebäudetechnik erreichte daher in 2020 mit 140,6 Mrd. Euro immerhin ein Plus von 2,4 %.

Für 2021 rechnen wir mit einem Wachstum von gut 2 %. Die Hoffnung ruht darauf, dass die Industrie- und Dienstleistungsbereiche wieder verstärkt wachsen werden. Die Zahl der Beschäftigten liegt in 2020 und 2021 bei 1,64 Mio. Menschen und damit nur leicht über dem Niveau von 2019. Der Bereich steht für fast 50 % der Arbeitsplätze, die unser Verband repräsentiert.

Meine Damen und Herren,

die Zahlen machen eines deutlich, die Bauwirtschaft ist vergleichsweise gut durch das Jahr 2020 gekommen. Die Branche hat sich größtenteils als sehr robust erwiesen. Und die Bauwirtschaft hat einmal mehr bewiesen, dass sie die Konjunktur stärken und stützen kann.

Unsere Unternehmer und Unternehmerinnen haben mit ihren Beschäftigten viel dafür getan, dass die Branche so gut dasteht. Größere Corona-Ausbrüche hat es bei uns nicht gegeben. Auch das spricht für die hervorragende Präventionsarbeit der Betriebe.

Dieser Corona-Winter stellt aber eine weitere Herausforderung dar. Wir müssen alles dafür tun, um ein sicheres und gesundes Arbeiten auf den Baustellen zu ermöglichen. Daher unterstützen wir die Betriebe gemeinsam mit der BG Bau und haben ca. drei Millionen FFP2-Masken auf den Baustellen verteilt.

Die Corona-Beschlüsse der Bundesregierung vergangene Woche beinhalten nun aber ein neues Hindernis für die Betriebe. Ich spreche von der wöchentlichen Testpflicht derjenigen, die nicht im Homeoffice arbeiten.

Und dazu gehören die 3,4 Mio. Beschäftigten unserer Betriebe zweifelsohne. Es baut sich halt so schlecht im Homeoffice. Was in stationären Betrieben sich womöglich umsetzen lässt, ist für uns, als nicht-stationäre Branche kaum machbar. Manchmal würde man sich über praxisgerechte und durchdachte Lösungen freuen.

Im Hochtechnologieland Deutschland sollte es eine App geben, die die Daten der Schnelltests automatisch erfasst und dokumentiert.

Die Mitarbeiter verteilen sich auf verschiedene Baustellen, kommen morgens oft überhaupt nicht in den Betrieb, sondern fahren direkt auf die Baustelle. Auf den Baustellen arbeiten z.T. Beschäftigte verschiedener Firmen gleichzeitig – wer ist dann für die Tests verantwortlich? Womöglich der Bauherr? Der

dürfte sich bedanken. Auf kleineren Baustellen oder bei Reparaturen arbeitet womöglich nur einer oder zwei Beschäftigte, soll der Unternehmer von Baustelle zu Baustelle fahren, um die Tests durchzuführen?

Hinzu kommt, dass die Schnelltests ja nur von geschultem Personal durchgeführt werden können. Woher soll das kommen? Was wir jetzt brauchen, sind unkomplizierte Lösungen und keine Bürokratiemonster, die über die eigenen Versäumnisse hinwegtäuschen sollen.

Wir hoffen, dass der Impfturbo in absehbarer Zeit gezündet wird, damit wir zu halbwegs normalen Verhältnissen – auch auf den Baustellen - zurückkehren können. Wir haben bereits angeboten, dass der mobile arbeitsmedizinische Dienst der BG Bau auch beim Impfen unterstützen könnte. Immerhin fast eine halbe Million arbeitsmedizinischer Untersuchungen werden im Jahr durchgeführt. Da könnte gleichzeitig geimpft werden. Darüber hinaus stehen die mobilen Untersuchungsfahrzeuge der BG bereit, als Impfmobile die Baustellen direkt anzufahren.

Meine Damen und Herren,

jenseits der aktuellen Pandemie steht das Thema Klimaschutz ganz weit oben. Und es steht dabei außer Frage, dass die Baubranche nachhaltiger, ein Stück weit grüner werden wird, und wir unseren Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten müssen.

Wir sind als Branche prädestiniert dafür, die Klimawende zu bauen und mitzugestalten.

Nehmen Sie die energetische Gebäudesanierung: Trotz vielfältiger Förderprogramme verharrt die Sanierungsquote bei rund einem Prozent, was zu wenig ist, will Deutschland seine eigenen Klimaschutzziele erreichen. Bis 2030 soll der Gebäudesektor aber weitere 40 Prozent Energie einsparen.

Von den rund 40 Mio. Wohnungen, zwei Drittel davon gelten als sanierungsbedürftig, werden knapp die Hälfte vom Eigentümer selbstgenutzt. Nahezu die Hälfte dieser Eigentümer ist über 60 Jahre alt. Von den verbleibenden rund 22 Mio. vermieteten Wohnungen werden 14,5 Mio. von sogenannten „Kleinvermietern“ angeboten, z.T. in ähnlichem Alter. D.h., rund 60 % aller Wohnungen befinden sich in der Hand von Eigentümern, die ohne finanzielle Förderung nicht in dem Maß in ihre Immobilien investieren werden, wie das unter Gesichtspunkten des Klimaschutzes notwendig wäre.

Wie können diese Immobilienbesitzer motiviert werden, ihre Häuser und Wohnungen energetisch zu ertüchtigen?

Der Dreiklang aus Fordern, Fördern und Informieren hat sich unserer Auffassung nach bewährt und als richtiger Ansatz zur weiteren Umsetzung der Klimaschutzziele im Gebäudesektor erwiesen.

Weitere Maßnahmen sind jedoch in der Diskussion, die den Sanierungswillen beeinflussen werden: da ist zum einen der CO<sub>2</sub>-Preis, der kontinuierlich steigen wird, da sind zum anderen ordnungsrechtliche Anforderungen zur Nut-

zung erneuerbarer Energien sowie eine mögliche Verschärfung der energetischen Anforderungen. Wir werden mit einer neuen Bundesregierung nach der Wahl im Herbst sehr ernst darüber sprechen müssen, welcher Weg hier der richtige ist.

Die Fragen liegen auf der Hand:

Führt eine Verschärfung der Anforderungen an energetische Sanierungen zu einer besseren Umweltbilanz? Oder ist es nicht sinnvoller, viele einzelne Maßnahmen zu fördern, wie z.B. Dämmung der Außenwände, Fenstertausch, Dachsanierung, Heizungsaustausch etc., um eine breitere Wirkung zu erzielen? Der Immobilienbesitzer über 60 traut sich einzelne Maßnahmen womöglich eher zu als eine Gesamtsanierung.

Müsste die energetische Sanierung nicht noch mehr in die Breite getragen werden, anstatt in die Tiefe zu gehen, wie die Renovierungswelle der EU das nun vorsieht? Reicht die deutsche Förderkulisse aus, um die energetische Gebäudesanierung nachhaltig zu verstärken?

Meine Damen und Herren,

Klimaschutz ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen. Diese globale Aufgabe zu meistern und die Klimafolgekosten zu stemmen, ist die Megaherausforderung der Zukunft. Auch unsere Branche wird dazu einen Beitrag leisten müssen.

Kommen wir zum klimagerechten, CO<sub>2</sub>-neutralen Bauen. CO<sub>2</sub> neutrales Bauen muss das gesamte Gebäude, auch den Innenausbau, über seinen gesamten Lebenszyklus in den Fokus nehmen, und nicht nur auf den energetischen Standard des Hauses, auf die Gebäudehülle und deren Energieeffizienz blicken. CO<sub>2</sub>-Fußabdruck, Lebenszyklus und Recycling-Fähigkeit sind die drei Eigenschaften, die einen Baustoff zukünftig klassifizieren werden.

In der Ökobilanz von Bauprodukten werden die für das einzelne Produkt benötigten Material- und Energieverbräuche betrachtet. Hierbei bedarf es einer einheitlichen Bilanzierung, um Bauprodukte miteinander vergleichbar zu machen, auch aus unserer Sicht eine sehr komplexe und aufwändige Aufgabe.

Aber auch hier brauchen wir eine ehrliche Diskussion, Baustoffe wie Sand und Kies, die wir zu Genüge im Boden haben, müssen regional abgebaut werden, und nicht importiert werden. Daher lehnen wir eine Primärrohstoffabgabe ab, sie wird nicht zu einem höheren Einsatz von Recycling-Baustoffen führen, sondern nur zu Importen aus Nachbarländern, in denen es eine solche Abgabe nicht gibt.

Wir wollen zukünftig Informationen zu Stoffströmen, zu eingesetzten Bauprodukten, deren Zusammensetzung und Umweltwirkung entlang des gesamten Lebenszyklus von Gebäuden erfassen und so CO<sub>2</sub> ärmer planen, bauen, betreiben und wieder verwerten.

Dieses ist allerdings eine Aufgabe für die gesamte Wertschöpfungskette, die Forschungspolitik des Bundes, für Hochschulen und Baustofflieferanten für die nächste Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren,

neben der grünen Herausforderung gibt es aber weiterhin einen riesigen Baubedarf. Deutschland ist eben nicht zu Ende gebaut, wie immer wieder behauptet wird. Hier sind neben dem Wohnungsbau die Bereiche Verkehr und kommunale Infrastruktur besonders hervorzuheben.

Wir begrüßen daher alle Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, die Investitionsbudgets der öffentlichen Hand auf allen Ebenen dauerhaft dem Bedarf anzupassen. Der Bund setzt hier seit einigen Jahren richtige Signale. Er hat seine Investitionen in die Bundesverkehrsinfrastruktur von 10 Mrd. Euro pro Jahr auf 18 Mrd. Euro angehoben. Dieses Niveau soll jetzt dauerhaft verstetigt werden.

60 % der öffentlichen Bauinvestitionen stemmen aber von den Städten und Gemeinden. Daher ist die Anhebung und Verstetigung ihrer Investitionsbudgets besonders wichtig. Die jährliche Umfrage der KfW zeigt, dass sich der Investitionsrückstand der Kommunen gegenüber 2010 fast verdoppelt hat. Er liegt derzeit bei 147 Mrd. Euro. Die Bereiche mit dem höchsten Investitionsrückstand sind die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie die Bildungsinfrastruktur. Über temporäre Hilfsprogramme, wie denen aus dem letzten Jahr zur Überwindung der Folgen der Pandemie, ist dem Investitionsstau nicht nachhaltig beizukommen.

Die Disparität bei den Kommunen hat zugenommen. Die Politik muss Wege finden, damit auch finanzschwache Kommunen wieder aus eigener Kraft die notwendigen Investitionen tätigen können. Und schließlich, neben einer auskömmlichen Investitionslinie, brauchen wir auf allen Ebenen eine Bauverwaltung, die ihre Aufgabe und ihre Verantwortung als Bauherr wahrnimmt. Hier braucht es ausreichende Kapazitäten und eine moderne digitale Infrastruktur.

Meine Damen und Herren,

da sind wir auch schon bei der letzten großen Herausforderung für eine neue Bundesregierung, egal welcher Couleur, nämlich die Digitalisierung voranzutreiben. Die Corona-Pandemie zeigt uns wie unter einem Brennglas, wie schlecht unser Land und seine öffentliche Verwaltung in Bezug auf die Digitalisierung aufgestellt sind, und das nicht nur beim Impfen.

Die eingeschränkte Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung hat die Bautätigkeit so manches Mal behindert. Baumaßnahmen scheitern an fehlenden Personalkapazitäten in den Genehmigungsbehörden. Ausschreibungen werden zurückgestellt und Baugenehmigungen nicht mehr erteilt.

Ganze Verwaltungszweige befanden bzw. befinden sich im Homeoffice, ohne dafür ausgerüstet zu sein. Wir haben mehr als einmal darauf hingewiesen, dass die Arbeit in den Bauämtern wieder intensiviert werden müsse, nicht zuletzt auch, damit die öffentliche Hand ihrer Zahlungspflicht nachkommt.

Es kann nicht sein, dass einsatzfähige Bauunternehmen in Kurzarbeit gehen, weil in den Kommunen keine Beschlüsse zur Freigabe von Geldern oder für die Planung von Bauleistungen gefasst werden. Es ist kontraproduktiv, wenn

auf der Baustelle kein Gerüst aufgestellt werden darf, die Bauabnahme auf der Baustelle nicht durchgeführt oder eine Baugenehmigung nicht erteilt wird.

Hier hinkt die öffentliche Verwaltung in Deutschland weit hinter her. Aber nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Netzabdeckung ist ein ständiger Quell neuer Ärgernisse. Was nützt die Digitalisierung von Prozessen, Abläufen und Bauakten, was nützt BIM, wenn die Baustelle im Funkloch liegt?

Meine Damen und Herren,

angesichts der gerade geschilderten Bauaufgaben, die vor uns liegen, können wir positiv gestimmt nach vorne schauen.

Und daher ist mir um die Zukunft unserer Branche trotz aller Herausforderungen nicht bange.